

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



Keine Entlassungen in der Krise – industrielle Wertschöpfung sichern

Aktuelle Handlungslinien der Krisenbewältigung

IG Metall Vorstand
beschlossen am 09. November 2009

Aktuelle Krisenbewältigung

Die IG Metall hat zu Beginn der Krise unter der Überschrift „Keine Entlassungen in 2009“ ein Sofortprogramm zur Krisenbekämpfung verabschiedet. Im März 2009 hat sie dies durch das Aktionsprogramm „Aktiv aus der Krise“ erweitert. Mit diesen Programmen wurde die konzeptionelle Grundlage für das bisher erfolgreiche Krisenmanagement gelegt. Das Kredo war und bleibt: nicht die Beschäftigten dürfen die Lasten der Krise tragen. Heute ist es erforderlich, die wichtigsten Handlungslinien der aktuellen Krisenbewältigung erneut zu beschreiben.

Rahmenbedingungen bleiben schwierig

Deutschland befindet sich seit gut einem Jahr in einer schweren Wirtschaftskrise. Aktuell mehren sich die Zeichen, dass sich die Lage stabilisiert und langsam bessert. Die weltweiten staatlichen Konjunkturprogramme zeigen Wirkung. Dies ist aber kein Grund zur Entwarnung. Die Produktion in der Metall- und Elektroindustrie liegt in Deutschland zweistellig unter Vorjahr. Auch im nächsten Jahr ist nur eine leichte Verbesserung der Lage zu erwarten. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie bleibt niedrig.

Die produzierende Wirtschaft ist zudem mit einer unzureichenden Kreditversorgung konfrontiert. Die Banken kommen ihrer Finanzierungsfunktion gegenüber den Unternehmen weder bei Betriebsmittel- noch bei der Investitionsfinanzierung nach. Trotz niedriger Refinanzierungszinsen bei der Bundesbank stattet die Kreditwirtschaft den industriellen Sektor nicht mit genügend Liquidität aus. Die fehlende Kreditversorgung gefährdet einen möglichen Aufschwung. Viele Unternehmen bekommen trotz steigender Nachfrage nur schwer oder gar keine Betriebsmittelkredite. Viele Firmen werden die Bearbeitung neuer Aufträge aber nicht ohne zusätzliche Liquidität schaffen. Die Zahl der Insolvenzen droht deshalb 2010 zu steigen.

Keine Entlassungen in der Krise

Durch konjunkturelle Unterauslastung, fehlende Unternehmensfinanzierung aber auch strukturelle Probleme – wie in der Automobilindustrie – bleibt der Druck auf die Beschäftigung unverändert hoch. Bisher ist es durch Kurzarbeit sowie betriebliche und tarifliche Vereinbarungen gelungen, Massenentlassungen zu vermeiden. Dies muss auch 2010 so bleiben.

- **Kurzarbeiterregelungen verlängern**

Die konjunkturelle Unterauslastung wird auch 2010 die Industrie vor große Herausforderungen stellen. Wir brauchen deshalb weiter die verlängerte Regelung zur Bezugsdauer des Kurzarbeitergelds. Im Kern gesunde Unternehmen dürfen ihre gut ausgebildeten Beschäftigten nicht entlassen. Diese werden im Aufschwung gebraucht. Die Innovationskraft der deutschen Industrie darf in der Krise nicht gefährdet werden. Deshalb fordert die IG Metall: Die Bezugsdauer für Kurzarbeitergeld und die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge durch die BA muss auch nach dem 31. Dezember 2009 bei 24 Monaten bleiben.

- **Kurzarbeit für Qualifizierung nutzen**

Alle Experten sind sich einig: Der letzte Tag der Krise ist der erste Tag des Fachkräftemangels. Es ist unverständlich, dass bisher nur bei zwei Prozent aller Kurzarbeitsfälle dies für Qualifizierung genutzt wurde. Bundesregierung, EU und Landesregierung müssen Programme wie WeGeBau mit zusätzlichen Mitteln ausstatten und die ESF-Förderkonditionen verbessern und vereinfachen. Gerade kleine und mittlere Betriebe können den Planungs- und Beantragungsaufwand unter dem Druck der Krise oft nicht allein bewältigen. Das Problem der künftigen Fachkräftelücken muss jetzt angepackt werden.

- **Leiharbeit sozial regulieren - Mindestlöhne verankern**

Die Hauptlast der Krise tragen bis jetzt Leiharbeiter und befristete Beschäftigte. Sie wurden bereits in großer Anzahl auf die Straße gesetzt. Diese Politik der Arbeitnehmer zweiter Klasse muss beendet werden. Die IG Metall bekräftigt ihre Forderung: Leiharbeit muss begrenzt, das sogenannte Synchronisationsverbot wieder eingeführt und eine Abweichung vom Equal-Pay-Prinzip auf eine kurze Einarbeitungszeit begrenzt werden.

Branchen, in denen tarifliche Mindestlöhne vereinbart wurden, sind ins Entsendegesetz aufzunehmen. Für die Branchen, in denen keine Tarifvertragsstrukturen existieren, muss eine Lohnuntergrenze gesetzlich verankert werden.

- **Jungen Menschen eine Chance eröffnen**

Besonders die jungen Menschen sind von den Folgen der Krise betroffen. Sie finden keinen Ausbildungsplatz. Diejenigen, die ihre Ausbildung beendet haben, werden nicht übernommen oder haben nach der Hochschulausbildung keine Stelle. Damit nicht sehr vielen jüngeren Menschen der Zugang zu Beschäftigung verwehrt bleibt, müssen betriebliche oder tarifliche Vereinbarungen zu Übernahmeverpflichtungen mit Instrumenten von Kurzarbeit und Qualifizierung intelligent verbunden werden. Die IG Metall wird dies bei allen betrieblichen Lösungen für Beschäftigungssicherung weiter zum Thema machen – Betrieb für Betrieb.

- **Beschäftigungsbrücke alt - jung bauen**

Die IG Metall will eine Beschäftigungsbrücke bauen. Hierfür brauchen wir die Unterstützung der Politik. Es muss eine Förderung der Altersteilzeit gefunden werden, um den Betrieben die Übernahme von Auszubildenden und die Einstellung von Hochschulabsolventen, insbesondere aus dem Bereich der Ingenieurstudiengänge, in der Krise zu erleichtern.

Weiterhin fordert die IG Metall die Überprüfung rentenrechtlicher Vorschriften mit dem Ziel, rentennahen Jahrgängen das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben flexibel und sozialverträglich zu ermöglichen, und die Aussetzung der Rente mit 67. Auch die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld I muss verlängert werden.

Rettungsschirm für die Industrie

Jede vierte Firma stellt laut einer Umfrage des DIHK Probleme bei der Kreditversorgung fest. Betroffen sind exportorientierte und innovative Unternehmen. Die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen ist oft nicht mehr möglich. Es sind zunehmend Unternehmen in ihrer Substanz bedroht, die in ihrem Segment Technologie- und/oder Marktführer sind. Dies trifft weniger Großunternehmen, sondern vielmehr mittelständische Betriebe. Die Innovationsfähigkeit des industriell geprägten deutschen Mittelstands wird durch die Kreditklemme stranguliert, ihr Überleben gefährdet.

- **Wirtschaftsfonds Deutschland vereinfachen**

Die alte Bundesregierung hat gehandelt. Der Wirtschaftsfonds Deutschland soll mit 17,5 Milliarden Euro kleinen und mittleren Unternehmen aus der Kreditklemme helfen. Dieses Geld kommt aber nicht bei den Betrieben an. Hier müssen die Bedingungen der Vergabe überprüft und gegebenenfalls geändert werden.

- **Public Equity erforderlich**

Viele Firmen erleiden derzeit auch einen erheblichen Substanzverlust. Rückläufige Umsätze führen zu operativen Verlusten, die die Eigenkapitalbasis der Unternehmen deutlich schwächen. Mit einer geschwächten Eigenkapitalbasis sind die Voraussetzungen für Bürgschaften oder KfW-Kredite erheblich verschlechtert. Die Eigenkapitalbasis

der Unternehmen muss gestärkt werden. Es besteht sonst die Gefahr, dass der industrielle Mittelstand in Deutschland durch Insolvenzen erhebliches Potential verliert und viele Betriebe bei wichtigen Zukunftstechnologien mittelfristig den Anschluss verlieren.

Die IG Metall hat in ihrem Aktionsprogramm „Aktiv aus der Krise“ vom März 2009 einen Public Equity Fonds vorgeschlagen. Das Konzept sieht vor, dass ein mit öffentlichen Mitteln gespeister Finanzierungsfonds bei der KfW aufgelegt wird. Der Anlagezweck dieses Fonds ist die Stärkung der Eigenkapitalbasis der deutschen Industrieunternehmen insbesondere im Mittelstand. In den Anlagerichtlinien werden Bedingungen festgeschrieben, die ein Unternehmen erfüllen muss, damit sich der Fonds beteiligen kann. Hierzu gehört unter anderem die Vorlage eines tragfähigen unternehmerischen Zukunftskonzepts, Erhalt der Arbeitsplätze und Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen sowie Übernahme der Auszubildenden.

Durch den Zufluss von Public Equity verbessert sich die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen und damit Rating und Kreditwürdigkeit. Die Unternehmensfinanzierung würde somit von zwei Seiten angeschoben. Grundsätzlich sollten bei diesem Beteiligungsfonds alle Möglichkeiten der Eigenkapitalfinanzierung berücksichtigt werden. Hierzu gehört eine Eigenkapitalbeteiligung ebenso wie Mezzanine-Kapital. Öffentliches Beteiligungskapital ist nicht Rendite getrieben. Erwartungen von weit über 10 Prozent Eigenkapitalverzinsung werden durch vernünftige Ziele ersetzt.

- **Mitarbeiterkapitalbeteiligung als Kriseninstrument**

In Einzelfällen macht eine Flankierung des staatlichen Eigenkapitals durch eine Mitarbeiterkapitalbeteiligung Sinn. Für Unternehmen können im Sanierungsfall freiwillige Beiträge der Beschäftigten verbunden mit anderen Finanzierungsquellen ein wichtiges Instrument zur Rettung sein. Die Beschäftigten erwarten dabei aber zu Recht, dass solchen Beiträgen eine Gegenleistung gegenüber steht. Diese Gegenleistung muss Beschäftigungssicherung sein, das ist eine Grundvoraussetzung für unseren Beitrag. Ebenso ist klar, wenn das Geld Dritter gebraucht wird, ergeben sich für diese Dritten auch Mitspracherechte. Deshalb wird die IG Metall in Zukunft deutlicher als bisher Sanierungsbeiträge mit weitergehenden Mitbestimmungsmöglichkeiten verbinden. Die Mitarbeiterkapitalbeteiligung kann hierzu ein Weg sein.

Aktive Industriepolitik

Die Arbeitsplätze in der Industrie sind wesentliche Quelle des Wohlstands in Deutschland. Jeder dritte Arbeitsplatz hängt an der Entwicklung der industriellen Wertschöpfung. Das sind elf Millionen Menschen. Der exportorientierte industrielle Sektor ist ein zentraler Pfeiler der Wertschöpfung unserer Gesellschaft.

- **Ausgewogene Wirtschaftsentwicklung**

Eine umfassende Antwort auf die Krise muss auf die Realwirtschaft zielen. Diese Antwort darf nicht einseitig ausfallen. Sie muss die Exportstärke erhalten, aber gleichzeitig auf eine ausgewogene Binnenentwicklung abzielen. Dafür brauchen wir vor allem gute Einkommen, die die IG Metall in ihren Forderungen nach einer Regulierung des Niedriglohnssektors bestärkt und einen starken Sozialstaat voraussetzt.

- **Öffentliche Investitionen dauerhaft erhöhen**

Die IG Metall begrüßt die im Konjunkturprogramm II in Gang gesetzten Investitionen in die Infrastruktur. Sie waren dringend notwendig, damit Deutschland weiterhin attraktiv im internationalen Standortwettbewerb bleibt.

Das Niveau der öffentlichen Investitionen muss in den nächsten Jahren auf europäischem Durchschnitt verstetigt werden. Dies erfordert stabile kommunale Einnahmen, denn die Gemeinden tätigen 2/3 der gesamten Infrastrukturinvestitionen.

Als Industriestandort braucht Deutschland ein Zukunftsinvestitionsprogramm mit Schwerpunkten in der Netztechnik (Daten, Energie, Verkehr), der erneuerbaren Energien und der Bildungs- und Forschungsinfrastruktur. Gleichzeitig wird durch Infrastrukturinvestitionen die Binnennachfrage gestärkt.

- **Strukturwandel politisch gestalten**

Einige Industriebranchen stehen in den nächsten Jahren vor einem gewaltigen Strukturwandel. Unternehmen in diesen Branchen sind mit einer Dreifachkrise konfrontiert: Einer Nachfragekrise, einer Finanzierungskrise und einer Strukturkrise. Klimaschutz und ökologische Aspekte werden in Zukunft die industrielle Wertschöpfung prägen müssen. Vor diesem Hintergrund ist ein aktiver ökologischer Umbau der Industrie notwendig, der die Produkte und Produktionsprozesse einbezieht und die Energie- und Ressourceneffizienz verbessert. Dort, wo dieser Wandel Arbeitsplätze gefährdet, brauchen wir belastbare Szenarien, um Konzepte für alternative Beschäftigung gemeinsam mit der Politik und den Unternehmen zu entwickeln. Für die Automobilindustrie zum Beispiel fordert die IG Metall deshalb einen Branchenrat „Zukunft der Mobilität“. Für den Schiffbau fordert die IG Metall von der Bundesregierung die Fortsetzung der Schiffbauinitiative „Leadership Deutschland“.

- **Transfer - KuG aktiv nutzen**

Um den Strukturwandel sinnvoll zu begleiten schlägt die IG Metall vor, die Möglichkeiten des Transfer-Kurzarbeitergelds deutlich zu erweitern. Neue Produkte und neue Technologien erfordern andere Qualifikationen. Viele Unternehmen sind aber aktuell nicht in der Lage diese Investitionen in die Zukunft zu finanzieren. Die Bezugsdauer des Transfer - KuG soll deshalb befristet von derzeit 12 auf 24 Monate erhöht werden, wenn Qualifizierungsmaßnahmen verpflichtend durchgeführt werden. Die Möglichkeit auf einen Arbeitsplatz in einem Betrieb des gleichen Unternehmens /Konzerns zurückzukehren, müssen erweitert werden.

Der Staat hat eine Verantwortung den industriellen Wandel mit zu gestalten. Politik kann sich nicht auf wohlfeile Kommentierung der Krise zurückziehen, sondern muss gemeinsam mit Gewerkschaften und Unternehmen den Strukturwandel sozial und technologisch gestalten. Dies muss unter anderem ein Umsteuern bei der Förderpolitik hin zu den industriellen Wertschöpfungsklustern, eine moderne energiepolitische Antwort, eine aktive ökologische Industriepolitik sowie eine proaktive Rohstoffvorsorgepolitik beinhalten.

Für die IG Metall gilt: industrielle Wertschöpfung ist für den Wohlstand und die politische Stabilität in Deutschland ebenso systemisch wie Banken für das Funktionieren der Finanz- und Kreditmärkte. Die industrielle Basis in Deutschland ist zu wichtig, als dass die Anpassung nur dem Markt überlassen werden darf. Andere Staaten wie die USA oder China investieren Milliarden in den Strukturwandel. Wenn wir nichts tun, werden wir den Anschluss verlieren.